



STELLUNGNAHME

DIE EU- KOHÄSIONSPOLITIK – EIN INVESTITIONSTRUMENT ZUM NUTZEN DER EU-BÜRGER

*RAUS AUS DER KRISE – EIN BESSERES
WIRTSCHAFTSMODELL FÜR EUROPA*

*Beschäftigung und Wachstum statt
Sparpolitik und Rezession*

Datum: 30/09/2015



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung.....	4
1 Die Bedeutung der Kohäsionspolitik	4
2 Zentrale Elemente der reformierten Kohäsionspolitik (2014-2020).....	4
2.1 Einheitliche Regelungen für eine größtmögliche Wirksamkeit.....	4
2.2 Die Wahrung von wesentlichen Grundsätzen	5
2.3 Kohäsionspolitik und nachhaltige Entwicklung.....	5
2.4 Eine EU-weite Politik	5
2.5 Das wichtigste Investitionsinstrument der EU	6
2.6 Mehr erreichen durch gezielte Investitionen.....	6
2.7 Engere Partnerschaft.....	6
2.8 Mehr Transparenz und Vereinfachung.....	7
2.9 Sicherstellung des korrekten Einsatzes von öffentlichen Mitteln	7
2.10 Stärkung eines sozialen Europas.....	7
2.11 Eine energieeffiziente Politik zur Erzielung von Kostensenkungen für die Bürger	7
2.12 Makroökonomische Konditionalität – ein hart umkämpfter Kompromiss.....	8
2.13 Für verstärkt integrierte städtische Strategien.....	9
2.14 Begleitmaßnahmen für Regionen mit besonderen geografischen Merkmalen.	9
2.15 Unterstützung von Kleinst- sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU)	9
2.16 Förderung von Verkehr und Infrastruktur in der EU.....	10
2.17 Vereinfachung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.....	10
3 Künftige Herausforderungen und Maßnahmen für den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt	11
3.1 Wirtschafts- und Finanzkrise.....	11
3.2 Jugendarbeitslosigkeit	12
3.3 Demografischer Wandel	12



3.4	Zuschüsse und Finanzinstrumente – sich wechselseitig stützende Optionen	13
4	Abschließende Erwägungen	14
	14

EINLEITUNG

Die EU-Kohäsionspolitik ist das wichtigste Instrument für Investitionen in der EU; sie ist ein wirksames Werkzeug für die Finanzierung von Arbeitsplätzen und Wachstum, die Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, die Schaffung von Solidarität sowie die Stärkung der sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Konvergenz und Entwicklung in den Regionen der EU. In Verbindung mit dem 315 Mrd. EUR umfassenden Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) hat die Kohäsionspolitik das Potenzial, die Kapazitäten der EU im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu steigern. Eine effektive Kombination der beiden Investitionsquellen wird Regionen und Bürger einander näher bringen.

1 DIE BEDEUTUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK

Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wird mit der Kohäsionspolitik das Ziel verfolgt, die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen zu verringern. Die Kohäsionspolitik richtet sich auf alle Regionen und folgt damit einer integrativen Strategie. Letztlich ist die Kohäsionspolitik die sichtbarste Quelle für die Solidarität innerhalb der EU. Seit ihrer Umsetzung in den Regionen stellt die Kohäsionspolitik zudem ein wichtiges Instrument dar, um die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

2 ZENTRALE ELEMENTE DER REFORMIERTEN KOHÄSIONSPOLITIK (2014-2020)

2.1 Einheitliche Regelungen für eine größtmögliche Wirksamkeit

Anhand der sogenannten Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen wurde erstmalig ein in sich schlüssiges Rahmenwerk geschaffen, das einheitliche Regelungen für alle fünf Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) festlegt. Dabei handelt es sich um den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäische Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds (KF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Um die Wirkung und Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu maximieren und Synergieeffekte zu ermöglichen, setzt sich die S&D-Fraktion nachdrücklich für den kombinierten Einsatz dieser Fonds und ihre

Koordinierung mit anderen EU-Programmen wie Horizon 2020, Erasmus+, LIFE und COSME ein.

2.2 Die Wahrung von wesentlichen Grundsätzen

Bei der Konzeption und Umsetzung von Programmen wurde die Einhaltung der wichtigsten horizontalen Grundsätze sichergestellt, und zwar insbesondere im Hinblick auf Partnerschaften, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Zugänglichkeit für Personen mit Behinderungen und nachhaltige Entwicklung.

2.3 Kohäsionspolitik und nachhaltige Entwicklung

Langfristige Herausforderungen wie Klimawandel, Energieversorgungssicherheit und Ressourcenknappheit sind einige der strategischen Schlüsselprioritäten der EU. Parallel dazu wächst zunehmend das Bewusstsein für die Chancen, die sich bei der Bewältigung dieser Wachstumshindernisse bieten, indem auf eine ressourcen- und energieeffiziente, kohlenstoffarme Wirtschaft hingewirkt wird und Klimaanpassung, Risikovorbeugung und -management sowie ein nachhaltiger Verkehr gefördert werden, die wichtige thematische Ziele der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 darstellen. Die Kohäsionspolitik kann daher potenziell ein zentrales Instrument sein, um die Strategie EU 2020 für den Übergang auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum umzusetzen und ein breites Spektrum an wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen der EU zu verwirklichen. In diesem Kontext ist es zudem wichtig, die Kohärenz zwischen Investitionen der Kohäsionspolitik und anderen nationalen und regionalen Strategien durch die Entwicklung von Partnerschaftsabkommen und operationellen Programmen zu stärken. So können bestehende nationale und regionale Strategien für die nachhaltige Entwicklung sowie breiter angelegte EU-Ziele, der umweltrechtliche Besitzstand und die internationalen Rahmenbedingungen einbezogen werden.

2.4 Eine EU-weite Politik

Die S&D-Fraktion vertritt die entschiedene Überzeugung, dass die EU-Kohäsionspolitik auch weiterhin eine EU-weite Politik sein sollte, die allen Regionen Zugang zu Ressourcen, Erfahrungen und Unterstützung bietet. Auf der Grundlage dieses Konzepts unterstützte die S&D-Fraktion die Schaffung einer neuen regionalen Kategorie, der sogenannten Übergangsregionen (BIP zwischen 75 % und 90 %), für Regionen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Vergangenheit gesteigert haben, ihr wirtschaftliches Potenzial jedoch nicht uneingeschränkt entfalten konnten.

Übergangsregionen werden als solche auf kontinuierliche europäische Unterstützung bauen können.

2.5 Das wichtigste Investitionsinstrument der EU

Mit Ausgaben in Höhe von 351,8 Mrd. EUR – und somit fast einem Drittel des gesamten EU-Haushalts im laufenden Förderzeitraum 2014-2020 – ist die Kohäsionspolitik das wichtigste Investitionsinstrument der EU. Für unsere Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies, dass europäische Mittel direkt eingesetzt werden können, um ihr unmittelbares Umfeld und ihre Lebensqualität zu verbessern.

2.6 Mehr erreichen durch gezielte Investitionen

Die EU nahm 2010 die Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum an. Im Rahmen dieser Strategie legte die EU das ehrgeizige Ziel fest, innerhalb eines Jahrzehnts Wohlstand in der gesamten Union zu schaffen. Dank des ständigen Drucks durch die S&D-Fraktion wird die reformierte Kohäsionspolitik 2014-2020 auf die Strategie Europa 2020 ausgerichtet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf elf thematischen Prioritäten, wie etwa der Steigerung der Investitionen in Forschung und Innovation, der Umsetzung einer digitalen Agenda, einer verstärkten Förderung von kohlenstoffarmen Energiequellen und der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Durch gezielte Investitionen wird die reformierte Kohäsionspolitik mehr für die Regionen der EU und für deren Bürgerinnen und Bürger erreichen können.

2.7 Engere Partnerschaft

Die Einbeziehung von Regionen und Städten, von Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie anderen Akteuren der Zivilgesellschaft ist ein Schlüsselement einer Politik, die auf ihre Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist. Für den laufenden Zeitraum (2014-2020) wurde das sogenannte Partnerschaftsprinzip gestärkt. Gesellschaftliche Partner können sich somit in die Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von regionalen Programmen einbringen. Akteure „vor Ort“, die die lokalen und regionalen Bedingungen und Anforderungen am besten kennen, werden der Schlüssel für den Erfolg von regionalen Programmen sein. Trotz erheblichen Widerstands seitens des Rates wurden Leitlinien und bewährte Verfahren für die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips (Europäischer Verhaltenskodex) erstellt.

2.8 Mehr Transparenz und Vereinfachung

Ein wichtiges Ziel für den Förderzeitraum 2014-2020 besteht darin, Informationen über von ESIF geförderte Projekte für Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher zu machen. Für diesen Zweck wurde eine eigene Website eingerichtet, die ausführliche Angaben zu Projekten, Begünstigten und den zur Verfügung stehenden Mitteln enthält. Um die Wirkung der Kohäsionspolitik für die Begünstigten und die Union in ihrer Gesamtheit zu steigern, wurden zudem die Regelungen der ESIF weiter vereinfacht.

2.9 Sicherstellung des korrekten Einsatzes von öffentlichen Mitteln

Es wurden Bestimmungen für die europäischen Organe, die Mitgliedstaaten (MS) und deren Regionen zur Durchführung von Kontrollen darüber festgelegt, wie öffentliche Mittel verwendet werden. Dabei liegt es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, Unregelmäßigkeiten zu melden und unrechtmäßig ausgezahlte Beträge wieder einzutreiben. Das Ziel sollte ein wirtschaftlicher und rechtlich korrekter Einsatz von öffentlichen Mitteln sein.

2.10 Stärkung eines sozialen Europas

Für den neuen Programmplanungszeitraum werden mindestens 23,1 % des Budgets der Kohäsionspolitik – rund 80 Milliarden EUR – den Investitionen im Rahmen des ESF zugewiesen, die in die Bereiche Bildung und Ausbildung, Schaffung von mehr hochwertigen Arbeitsplätzen, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie in Maßnahmen fließen, die die soziale Integration und die Chancengleichheit für Männer und Frauen, eine gute Betreuung von Menschen mit Behinderungen und einem angemessenen Schutz für Minderheiten fördern. Mit anderen Worten: Die durch diese Investitionen geförderten Projekte werden das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessern.

2.11 Eine energieeffiziente Politik zur Erzielung von Kostensenkungen für die Bürger

Die S&D-Fraktion setzte sich mit Erfolg dafür ein, dass private Bauvorhaben, die auf Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energie ausgerichtet sind, förderfähig sind. Im Vergleich zum vorhergehenden Programmplanungszeitraum (2007-2013) handelt es sich hierbei um eine wesentliche Neuerung.

Es ist der S&D-Fraktion ein Anliegen, dass in der Umsetzungsphase die Förderfähigkeit von privaten Bauvorhaben – zusätzlich zu energieeffizienten Vorhaben im Bereich öffentlicher Gebäude und Unternehmen – angemessen zum Ausdruck kommt. Vorhaben im Bereich des privaten Wohnungsbaus sind für Bürgerinnen und Bürger in vielerlei Hinsicht von Vorteil: Durch den damit verbundenen verringerten Energieverbrauch sinken die Energiekosten. Zudem werden hierdurch außerdem in diesem Bereich tätige KMU unterstützt, was wiederum zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen wird.

Gleichermaßen wichtig ist, dass eine weitere neue und wichtige Bestimmung – die Förderfähigkeit von hocheffizienter Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – in vollem Umfang eingesetzt werden kann, so dass eine Modernisierung dieser Systeme oder der Bau neuer Anlagen ermöglicht wird. Die S&D-Fraktion unterstützt diese Bestimmung ausdrücklich, da sie große Vorzüge für die Umwelt mit sich bringt und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger als Endnutzer dieser Systeme in die Lage versetzt, beträchtliche Energieeinsparungen zu erzielen.

2.12 Makroökonomische Konditionalität – ein hart umkämpfter Kompromiss

Die S&D-Fraktion lehnt den Grundsatz der makroökonomischen Konditionalität ab, der die Mitgliedstaaten, die sich bereits in einer finanziellen Notlage befinden, noch stärker unter Druck setzt. Darüber hinaus darf nicht zugelassen werden, dass die makroökonomische Konditionalität und deren Anwendung die Verwirklichung der Grundsätze der Kohäsionspolitik, wie unter anderem wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, gefährden oder bedrohen. Die Regionen dürfen nicht für das finanzpolitische Scheitern der Mitgliedstaaten zur Verantwortung gezogen werden. Aufgrund des Widerstands der Kommission und des Rates hielt der Grundsatz der makroökonomischen Konditionalität erneut Einzug in die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen. Die S&D-Fraktion hat jedoch alles daran gesetzt, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament – im besten Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger – von Anfang an sein Kontrollrecht ausübt und dass die Aussetzung der Finanzierung stets nur als äußerste Maßnahme angewandt wird.

Darüber hinaus ist es nun an der Zeit, konkrete Maßnahmen mit Blick auf die von der Kommission angekündigte Flexibilität einzuleiten und den Mitgliedstaaten – und ihren

regionalen und lokalen Körperschaften – zu ermöglichen, dem wirtschaftlichen Aufschwung durch zusätzliche Investitionen weitere Dynamik zu verleihen.

2.13 Für verstärkt integrierte städtische Strategien

Der Entwicklung der Stadtgebiete kommt im Förderzeitraum 2014-2020 eine zentrale Rolle zu. Um den verschiedenen spezifischen Merkmalen Rechnung zu tragen und zielgenaue Lösungen umzusetzen, werden die europäischen Gemeinden mindestens 5 % der nationalen Beiträge aus dem EFRE der integrierten Stadtentwicklung zuweisen. Die Städte erhalten somit einen entscheidenden Impuls zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele. Zur Optimierung der Wechselbeziehungen zwischen ländlichen und urbanen Räumen sollten alle zuständigen Behörden (auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene) einbezogen sein, und gleichzeitig wird dem Grundsatz des Mehrebenensystems uneingeschränkt Rechnung getragen.

2.14 Begleitmaßnahmen für Regionen mit besonderen geografischen Merkmalen

Besondere Berücksichtigung sollten weiterhin die bevölkerungsarmen, nördlichsten Gebiete in äußerster Randlage sowie Inseln und Bergregionen entsprechend dem AEUV finden. Gemeinsam sollten wir uns darum bemühen, dass ihre Nachteile ausgeglichen und ihr Potenzial in Vorzüge und Chancen zum Nutzen der Europäischen Union in ihrer Gesamtheit umgewandelt werden. Um eine solide und nachhaltige Grundlage für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu schaffen, müssen in diesen Regionen langfristige Investitionen und die Innovation gefördert werden.

2.15 Unterstützung von Kleinst- sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU)

Kleinst- sowie kleinen und mittleren Unternehmen und Unternehmern kommt eine Schlüsselrolle bei der Generierung von Wirtschaftswachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Abbau sozialer Ungleichheiten zu. Es sollten ein günstiger Regelungsrahmen geschaffen und der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert werden, da sie für die Gründung und den Betrieb solcher Unternehmen und insbesondere der Unternehmen, die von jungen Menschen auf den Weg gebracht werden, förderlich sind. Außerdem sollte der auf KKMU lastende Verwaltungsaufwand abgebaut werden; dabei sind die arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften in der EU uneingeschränkt zu wahren.

2.16 Förderung von Verkehr und Infrastruktur in der EU

Wir halten es weiterhin für wesentlich, dass die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur der EU kontinuierlich vorangebracht wird. Ohne angemessene Verkehrsanbindungen ist es unmöglich, eine Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen den Regionen zu erreichen. In diesem Kontext kann der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF), die darauf abzielt, die fehlenden Infrastrukturverbindungen in und zwischen allen betroffenen Mitgliedstaaten zu schaffen, eine wichtige Rolle zukommen. Zu diesem Zweck wurde aus dem Kohäsionsfonds der CEF ein Betrag von 11,3 Mrd. EUR zugewiesen. Die S&D-Fraktion setzte sich nachdrücklich für eine Garantie ein, die sicherstellt, dass die übertragenen EU-Mittel Teil der nationalen Mittelzuweisungen der Mitgliedstaaten bis Ende 2016 bleiben. Die Kommission muss für die Mitgliedstaaten selbstverständlich alle erforderliche Unterstützung erbringen, damit sie ihre Projekte angemessen auf den Weg bringen können.

2.17 Vereinfachung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die territoriale Zusammenarbeit ist ein Eckpfeiler der europäischen Integration. Die S&D-Fraktion hat daher stets Initiativen unterstützt, die die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit im Sinne einer immer engeren Union verstärken. Diese Initiativen umfassen die Beseitigung von Engpässen in der Netzinfrastruktur, die Entwicklung von Innovationsclustern und die Steigerung der Arbeitsmarktmobilität; in ihrer Gesamtheit sind die Initiativen als Prioritäten im aktuellen Rahmenwerk für die Europäische territoriale Zusammenarbeit, das die Bezeichnung INTERREG trägt, enthalten.

Dank der Unterstützung durch die S&D-Fraktion wurde insbesondere neuen Konzepten wie Euroregionen und Makroregionen ein wichtiger Stellenwert im Rahmen der Agenda für die territoriale Zusammenarbeit in der EU eingeräumt. Auf der Grundlage der Erfahrungen aus den drei auslaufenden makroregionalen Strategien – für den Ostseeraum, den Donaauraum und kürzlich das Gebiet der Adria und des Ionischen Meeres – gewinnt die EU-Strategie für den Alpenraum an Dynamik.

3 KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN UND MAßNAHMEN FÜR DEN SOZIALEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT

3.1 Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Wirtschafts- und Finanzkrise bewirkte gravierende Veränderungen in der EU, insbesondere in einigen Industriesektoren. Zahlreiche Regionen, die von spezifischen Industriezweigen abhängig waren, sind nun mit schwerwiegenden Entwicklungsproblemen konfrontiert, und das Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen der EU hat sich eher verstärkt als verringert. Weitere Probleme in den betroffenen Regionen sind die Arbeitslosigkeit sowie die Zunahme der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Die fehlende wirtschaftliche Diversifizierung in diesen Regionen und das Fehlen an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten stellen ein schwerwiegendes Problem dar. Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 werden diese Probleme angegangen. Die Erhöhung der Sätze der Vorschusszahlungen, für die sich die S&D-Fraktion ausgesprochen hat, wird die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise abfedern können. Unsere Bemühungen sollten jedoch in jedem Fall darüber hinausgehen. So müssen künftig weitere Maßnahmen zur Unterstützung all dieser Regionen ergriffen werden. Wir sollten daher unsere Aufmerksamkeit auf gezielte Investitionen in Schlüsselbereiche richten, wie sie in den Verordnungen festgelegt sind.

Maßnahmen

▲ Auf Schwerpunktbereiche ausgerichtete Investitionen:

- *Förderung von Innovation und Forschung;*
- *Verbesserung von Fähigkeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer;*
- *Vorantreiben der digitalen Agenda;*
- *Unterstützung von Kleinst- sowie kleinen und mittleren Unternehmen;*
- *Bekämpfung von Ungleichheiten und Förderung von Integration;*
- *Gesteigerter Einsatz von erneuerbarer Energie und Verbesserung der Energieeffizienz.*

3.2 Jugendarbeitslosigkeit

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat ferner die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in der EU in die Höhe getrieben. Den Zahlen aus dem letzten Quartal 2014 zufolge liegt die Jugendarbeitslosigkeit derzeit bei 21,6 %. Dies ist eine besorgniserregende Zahl, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Quote mehr als doppelt so hoch ist wie die Arbeitslosenquote bei Erwachsenen (8,7 %). Noch erschreckender ist jedoch das Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten mit der niedrigsten (Deutschland mit 7,6 %, 3. Quartal 2014) und der höchsten Arbeitslosenquote für junge Menschen (Spanien mit 53,5 %), das sich auf fast 50 Prozentpunkte beläuft.¹

Für die S&D-Fraktion steht eines außer Frage: Wir müssen diese Kluft angehen und den sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Union stärken. Aus diesem Grund wird der ESF verstärkt auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausgerichtet. In diesem Kontext kommt der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI) große Bedeutung zu, da sie Jugendliche, die sich weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung befinden, in den am stärksten betroffenen Regionen unterstützt. Es versteht sich von selbst, dass angesichts der langfristigen Risiken von Langzeitarbeitslosigkeit die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der absehbaren Zukunft unsere Priorität bleiben sollte. Junge Menschen sind unsere Zukunft und tragen in sich das Potenzial für nachhaltige Sozialhilfesysteme und künftiges Wachstum.

Maßnahmen

- ▲ *Unterstützung junger Menschen beim Erwerb relevanter Aus- und Weiterbildung und bei der Suche nach einem Arbeitsplatz;*
- ▲ *Vorbereitung junger Menschen auf Beschäftigungsmöglichkeiten durch Aktivierung und Motivierung;*
- ▲ *Sicherstellen, dass jungen Menschen nachhaltige Arbeitsplätze und klare berufliche Laufbahnen geboten werden.*

3.3 Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist eine der schwersten Herausforderungen, mit denen Europa in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert sein wird. Die S&D-Fraktion ist überzeugt, dass die Regionen proaktiv vorgehen müssen und dass sie gleichzeitig

¹ Quelle: EU-Arbeitskräfteerhebung, saisonbereinigte Daten

Orientierung und Zukunftsperspektiven benötigen. Im Rahmen der operationellen Programme 2007-2013 haben die Mitgliedstaaten 30 Mrd. EUR der Mittel der Strukturfonds für Maßnahmen in Verbindung mit dem demografischen Wandel vorgesehen. Unserer Ansicht nach sollte dieser Betrag aufgestockt werden und die Regionen sollten zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur Anpassung an neue Gegebenheiten bewährte Verfahren austauschen. Wir fordern die Kommission vor diesem Hintergrund auf, die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik der EU durch die Entwicklung – zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen – eines strategischen Plans zu verbessern, der ein Bevölkerungswachstum in der EU bewirkt.

Maßnahmen

- ▲ *Anpassung der EU-Infrastruktur auf der Grundlage der Erfordernisse einer alternden Gesellschaft (intelligente öffentliche Verkehrssysteme);*
- ▲ *Anpassung von Diensten (Mehrgenerationenhäuser, eHealth).*

3.4 Zuschüsse und Finanzinstrumente – sich wechselseitig stützende Optionen

Die S&D-Fraktion stellte sicher, dass der Einsatz von Finanzinstrumenten (FI) durch Darlehen, Garantien und Kapital und andere Risikomechanismen im Programmplanungszeitraum 2014-

2020 verstärkt wird. Um die Hebelwirkung der Kohäsionspolitik weiter zu steigern, halten wir es für wichtig, dass unsere gemeinsamen Bemühungen durch den Einsatz von FI mindestens verdoppelt werden.

Wir fordern nun und beschäftigen uns aktiv damit, dass der Schwerpunkt eindeutiger auf die Art von Vorhaben gelegt wird, die durch Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik angeregt werden sollten. FI müssen nicht zu einer Verringerung der ESIF-Zuschüsse führen, aber können einen realen Zusatzeffekt in Bezug auf Privatmärkte und die Förderung von Qualitätskriterien bewirken. Unserer Ansicht nach muss es sich dabei um Projekte handeln, die dem Großteil der Bürgerinnen und Bürger in der EU ein Anliegen sind. Investitionen sollten in erster Linie auf Bereiche ausgerichtet werden, die Multiplikatoreffekte auf Beschäftigung und Wachstum bewirken können. Es handelt sich dabei um Investitionen in Innovation, Bildung und nachhaltige Energie.

Die Erfahrung lehrt, dass jeder im Rahmen der Kohäsionspolitik eingesetzte Euro einen Multiplikatoreffekt erzielt, der sich auf das Dreifache der ursprünglichen Investition beläuft. Um diese positive Hebelwirkung weiter zu stärken, vertritt die S&D-Fraktion die Ansicht, dass ein verstärktes Engagement aller Mitgliedstaaten erforderlich ist, um Vorhaben mit zusätzlichen Mitteln zu fördern, die positive Auswirkungen für die Gesellschaft haben.

Demzufolge werden nachhaltige Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik und gemeinsame Bemühungen aller Mitgliedstaaten und Regionen weiterhin wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichen und den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU stärken.

Maßnahmen

- ▲ *Verdoppelung des Einsatzes von Finanzinstrumenten (d. h. JESSICA, JEREMIE);*
- ▲ *Wirksame Kombination von ESIF und EFSI.*

4 ABSCHLIEßENDE ERWÄGUNGEN

Die Kohäsionspolitik mit ihrer Investitionskapazität ist die Säule für langfristige Solidarität in der Union. Sie ermöglicht eine Annäherung der Regionen in der EU und bewirkt somit eine Bündelung der Kräfte für das Wohlergehen aller unserer Bürgerinnen und Bürger.

Um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen Europa konfrontiert ist, müssen wir die gesamte Palette der Instrumente der Kohäsionspolitik auch in Kombination miteinander uneingeschränkt einsetzen und regionale Kapazitäten und Partnerschaften stärken.

Unsere Prioritäten und Ziele sind weiterhin die Generierung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und die Schaffung von mehr hochwertigen Arbeitsplätzen.

Die bevorstehende Halbzeitbilanz für Europa 2020 im Jahr 2016 ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, um die im Rahmen der Kohäsionspolitik erzielten Ergebnisse zu reflektieren und auf eine immer engere Union hinzuwirken.